Das Recht Waffen zu besitzen entspringt nicht dem Second Amendment

03/10/2018 Jacob G. Hornberger

Wann immer es ein Massaker mit Schusswaffen gibt, antworten die Staatsgläubigen reflexhaft mit der Forderung, dass es Zeit ist, das Second Amendment[1] abzuschaffen. In ihrer Vorstellung verschwindet mit dem Second Amendment auch das Recht, in den USA Waffen zu besitzen.

Bei dieser Auffassung gibt es aber ein großes Problem: Sie ist falsch. Das Second Amendment verleiht, wie auch das First Amendment[2], niemandem irgendwelche Rechte. Vielmehr hindert es die Bundesregierung daran, Rechte zu verletzen, die natürlich und gottgegeben sind und die schon vor der Regierung da waren.

Die Unabhängigkeitserklärung legt die wesentlichen Prinzipien dar. Jeder Mensch (d.h. nicht nur die US-Bürger) ist von der Natur oder von Gott mit grundlegenden Rechten ausgestattet. Das ist unter anderem das Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück.

Im Angesicht der Tatsache, dass die Rechte der Menschen natürlich und gottgegeben sind, sind sie schon vor einer Regierung da. Zuerst kommen diese Rechte und danach kommt die Regierung.

Was ist die Aufgabe einer Regierung? Die Unabhängigkeitserklärung gibt die Antwort: Zweck der Regierung ist es, die Existenz und Ausübung der natürlichen, von Gott gegebenen Rechte der Menschen zu schützen.

Das war der Grund, warum man die Bundesregierung durch die US-Verfassung ins Leben gerufen hat – damit sie die den Menschen von Gott verliehenen natürlichen Rechte schützt, die schon vor der Bundesregierung da waren.

Es ergibt sich aber ein großes potentielles Problem: Die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, dass die Regierung selbst die Rechte der Menschen verletzt oder sogar auslöscht. Diese Aussicht war für unsere amerikanischen Vorfahren Anlass zu großer Sorge. Sie waren überzeugt, dass die Regierung selbst, nicht irgendeine ausländische Macht, die größte Bedrohung für ihre Freiheit, ihre Privatsphäre, ihr Eigentum und ihr Streben nach Glück darstellt. Deshalb waren sie nicht sehr begeistert von der Annahme der Verfassung. Wenn sie sie nicht genehmigt hätten, hätten die Vereinigten Staaten ihre

1 Wikipedia zum 2A: https://de.wikipedia.org/wiki/2._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten.
2 Das 1. Amendment schützt die Redefreiheit, die Religionsfreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, das Petitionsrecht. Details s. https://de.wikipedia.org/wiki/1._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten.

Tätigkeit nach den Statuten der Konföderation fortgesetzt, nach denen die nationale Regierung nicht einmal die Befugnis hatte, die Menschen zu besteuern.

Das amerikanische Volk entschied sich schließlich, dem Vorhaben zuzustimmen. Das wichtigste Argument, mit dem man dieses den Menschen schmackhaft machte, war, dass die US-Verfassung, die die Bundesregierung ins Leben rief, die Befugnisse der Bundesregierung streng auf die wenigen Kompetenzen beschränkte, die in dem Dokument aufgezählt wurden. Diese Aufzählung von Befugnissen beinhaltete nicht die Macht, die natürlichen, von Gott gegebenen Rechte der Menschen zu verletzen oder zu zerstören – nochmals, jene Rechte, die bereits vor der Bundesregierung existiert haben.

Daher hätte die Bundesregierung auch ohne die Bill of Rights keine legitime Befugnis zu kontrollieren, was die Leute lesen oder was die Leute besitzen, einschließlich Bücher und Waffen. Das liegt daran, dass diese Rechte bereits vor der Regierung da waren und dass die Verfassung der Bundesregierung nicht die Befugnis gab, diese präexistenten Rechte zu verletzen.

Wenn die Regierung die natürlichen, von Gott gegebenen Rechte der Menschen verletzen würde, würde sie genau den Grund verletzen, warum die Menschen Regierungen ins Leben rufen - zum Schutz der Existenz und Ausübung ihrer Rechte.

Warum also war dann die Bill of Rights notwendig? Technisch gesehen war sie es nicht. Da die an die Bundesregierung delegierten Befugnisse in der Verfassung aufgezählt wurden und da die delegierten Befugnisse nicht die Befugnisse umfassten, zu kontrollieren, was die Menschen lesen oder besitzen (einschließlich Bücher und Waffen), war die Bill of Rights im Grunde genommen überflüssig.

Tatsächlich argumentierten einige Leute sogar, dass die Aufzählung einiger Rechte in der Bill of Rights so ausgelegt werden könnte, dass das bedeuten würde, dass sie die einzigen Rechte seien, die geschützt würden. Deshalb wurde das Neunte Amendment[3] erlassen – um darauf hinzuweisen, dass dies nicht die Absicht war.

Der Grund, warum die Bill of Rights erlassen wurde, lag in der tiefen Besorgnis unserer amerikanischen Vorfahren wegen der Bedrohung, die die neue Bundesregierung für ihre Rechte und Freiheiten darstellen würde. Sie glaubten, dass diese Regierung – ihre Regierung – unweigerlich das tun würde, was jede andere Regierung in der Geschichte tat – ihre Rechte zerstören.

Das ist der Grund, warum sie die Bill of Rights erlassen haben – um ihrer Botschaft Nachdruck zu verleihen, dass das amerikanische Volk der Bundesregierung ausdrücklich

3 Das Neunte Amendment besagt: „Die Aufzählung bestimmter Rechte in der Verfassung darf nicht dahingehend ausgelegt werden, dass durch sie andere dem Volke vorbehaltene Rechte versagt oder eingeschränkt werden.“, https://de.wikipedia.org/wiki/9._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten.

verbietet, den Weg zur Tyrannei zu beschreiten, den Weg, den alle anderen Regierungen in der Geschichte gegangen sind.

Aber beachten Sie bei der Bill of Rights etwas Wichtiges: Sie gibt niemandem irgendwelche Rechte. Stattdessen verbietet sie der Bundesregierung, bereits bestehende Rechte zu verletzen oder zu zerstören. Sie hätte eigentlich als Bill of Prohibitions und nicht als Bill of Rights bezeichnet werden sollen.

Daher haben die Bürger das Recht Waffen zu besitzen nicht wegen des Second Amendments, genauso wie die Menschen das Recht auf freie Rede nicht wegen des First Amendments haben. Die natürlichen, von Gott gegebenen Rechte der Menschen existierten bereits vor der Regierung. Sie existieren, egal ob die Bill of Rights, die Verfassung und die Bundesregierung da sind oder nicht.

Was passiert, wenn eine Regierung die Rechte der Menschen verletzt oder zerstört? Die Unabhängigkeitserklärung gibt uns die Antwort: Es ist das Recht des Volkes, die Regierung zu ändern oder sogar abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen, deren Befugnisse auf ihre legitime Funktion beschränkt sind. Das ist ein Recht, das kein heute lebende Amerikaner vergessen sollte.



Über den Autor:
Jacob G. Hornberger ist Gründer und Präsident der Stiftung The Future of Freedom Foundation. Er ist in Laredo, Texas, geboren und aufgewachsen. Seinen B.A. in Wirtschaft erhielt er vom Virginia Military Institute und seinen Abschluss in Rechtswissenschaften von der University of Texas. Er war zwölf Jahre lang als Prozessanwalt in Texas tätig. Er war auch außerordentlicher Professor an der University of Dallas, wo er Rechts- und Wirtschaftswissenschaften lehrte.
Näheres hier: https://www.fff.org/author/jacob-hornberger-2/

Zum Originalartikel:
https://www.fff.org/2018/02/27/gun-rights-dont-come-second-amendment/

Der obige Aufsatz wird unter anderem auch hier angeboten:

- Mises-Institut USA: https://mises.org/wire/gun-rights-dont-come-second-amendment
- Webseite von Ron Paul (saß mit Unterbrechungen fast 40 Jahre für Texas im US-Kongress): http://www.ronpaullibertyreport.com/archives/gun-rights-dont-come-from-the-second-amendment